

Zl. 620.50/17-I.4/81

I n f o r m a t i o n

. für Herrn
Bundesminister

Die Diskussion über das geplante österreichische Konferenzzentrum dauert seit Monaten an. Sie ist bedauerlicherweise dadurch gekennzeichnet, daß sachlich fundierte, durch entsprechende Daten untermauerte Kommentare fast zur Gänze fehlen. Da es sich um eine für die Zukunft Wiens als Kongreßstadt entscheidende Weichenstellung handelt, scheint es angezeigt, das Problem einer eingehenden Analyse zu unterziehen: Hierbei kommt den folgenden Aspekten besondere Bedeutung zu:

1. Die Standortfrage und die Struktur des Wiener Kongreßgeschehens
2. Das ÖKZ als Mehrzweckzentrum und die Problematik des Mischbetriebes
3. Die Konferenztätigkeit der Vereinten Nationen im allgemeinen und in Wien im besonderen

zu 1. Der Beschluß der Bundesregierung vom Jahre 1967, ein österreichisches Konferenzzentrum zu bauen, war Teil eines Gesamtplanes um Wien als internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum auszubauen. Vor allem sollten auch die im internationalen Zentrum Wiens angesiedelten internationalen Organisationen, darunter vor allem auch die IAEA und die UNIDO, die Möglichkeit haben, ihre eigenen großen Konferenzen in einem solchen ÖKZ abzu-

./.

halten. Neben wirtschaftlichen Erwägungen haben hiebei vor allem auch außenpolitische Aspekte eine erhebliche Rolle gespielt.

Der eingangs erwähnte Beschluß der Bundesregierung, ein ÖKZ zu bauen, dürfte wesentlich durch die Erwartung beeinflußt gewesen sein, daß die Konferenz-tätigkeit internationaler Organisationen in Wien in den kommenden Jahren erheblich zunehmen werde. Daß diese Überlegung eine entscheidende Rolle gespielt haben muß, geht aus der Tatsache hervor, daß die Amtssitzgebäude für die internationalen Organisationen und das Konferenzzentrum als Einheit gesehen wurden. Aus diesem Konzept ergab sich als Konsequenz, daß als Standort für das ÖKZ das Gelände unmittelbar beim VIC festgelegt wurde. Mit dieser Standortentscheidung wurden die Interessen der Vereinten Nationen berücksichtigt. Im Hinblick auf die Gesamtstruktur des Wiener Kongreßgeschehens erscheint die Entscheidung aus folgenden Gründen außerordentlich problematisch:

Für Wien als Kongreßstadt haben die Konferenzen der Bereiche Wissenschaft und Wirtschaft ungleich größere Bedeutung als UN-Tagungen. Dies geht aus nachstehenden Zahlen hervor:

Von 386 Kongressen und Tagungen die 1977 in Wien stattgefunden haben waren 46 UN-Konferenzen, d. h. daß der Anteil der UN-Tagungen weniger als 12 % betrug. Die respektiven Zahlen des Jahres 1978 lauten: Gesamtzahl der Tagungen 380, UN-Tagungen 51. Im Jahre 1979 belief sich die Gesamtzahl der Kongresse und Tagungen auf 368, hievon waren 45 UN-Veranstaltungen. Dieser Trend hat auch im Jahre 1980 angehalten. Von 375 Konferenzen waren 28 UN-Konferenzen.

Der Konferenzkalender der Vereinten Nationen für Wien sieht für das Jahr 1982 17 Konferenzen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 2065 (durchschnittliche Teilnehmerzahl 121) vor, für das Jahr 1983 werden 13 Konferenzen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 353 angekündigt, was eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von 27 Personen ergibt. Bei obigen Zahlen fallen im Jahr 1982 die beiden großen Konferenzen "World Assembly on the Elderly" mit ca. 800 Teilnehmern und "UNISPACE 82" mit ca. 1000 Teilnehmern ins Gewicht.

Die nachstehenden Daten über das Programm wissenschaftlicher Tagungen die im Jahre 1982 allein im Kongreßzentrum Hofburg stattfinden (andere Tagungsstätten sind nicht berücksichtigt), sollen zum Vergleich dienen: In der Zeit vom April bis November finden 14 medizinische Kongresse der verschiedensten Sparten mit insgesamt über 16.000 Teilnehmern in der Hofburg statt. Für das Jahr 1983 sind in der Hofburg vorläufig 8 medizinische Kongresse angemeldet mit einer Teilnehmerzahl von 14.750. Diese Zahlen im Vergleich zu den obigen Zahlen betreffend die UN-Konferenzen machen die Relationen deutlich und geben Aufschluß, daß die UN-Tagungstätigkeit in Wien im Rahmen des gesamten Kongreßgeschehens keine dominierende Rolle spielt.

Der Plan das ÖKZ unmittelbar beim VIC zu bauen, war also von Anfang an problematisch, weil er die Standortinteressen der großen Mehrheit der Wiener Kongreß- und Konferenzveranstalter nicht berücksichtigt hat. Es nimmt daher nicht Wunder, daß sich gerade in diesen Kreisen der Widerstand gegen das ÖKZ besonders heftig manifestiert. Daß dieser Widerstand begründet ist, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß die maßgebenden Exponenten des Wiener Fremdenverkehrs dem Projekt ablehnend gegenüberstehen.

Die Standortfrage ist deshalb so wichtig, weil dem touristischen Aspekt im Kongreßwesen so große Bedeutung zukommt. Der Kongreßdelegierte legt Wert darauf, daß ihm die infrastrukturellen Einrichtungen, die eine Kongreßstadt attraktiv machen, unter dem geringstmöglichen Zeitaufwand zugänglich sind, d. h. er schätzt möglichst kurze Wege von der Tagungsstätte zu seinem Hotel, zu den Sehenswürdigkeiten, zu Restaurants und zu den wichtigsten Geschäftsstraßen. Weil die Hofburg alle diese Bedingungen erfüllt und noch dazu jenen historisch repräsentativen Rahmen bietet, den Kongreßdelegierte in Wien erwarten, ist sie so geschätzt und weltweit zum Symbol des Wiener Kongreßwesens geworden.

Bei UN-Delegierten, die an routinemäßigen UN-Tagungen teilnehmen, fällt der touristische Aspekt nicht ins Gewicht weil sie oft und immer wieder aus Konferenzgründen die UN-Konferenzstädte besuchen. Für sie ist der Standort des ÖKZ günstig, für die überwiegende Mehrheit jener Delegierten, die zu anderen als zu UN-Konferenzen nach Wien kommen, hingegen ist der vorgesehene Standort des ÖKZ beim VIC ungünstig. Daran wird auch die Fertigstellung der U 1 wenig ändern. Die infrastrukturellen Einrichtungen, die Wien so attraktiv machen, sind nun einmal im 1. Bezirk konzentriert, weshalb eine zentral gelegene Tagungsstätte wie die Hofburg standortmäßig die Vorteile bietet, die im VIC-Bereich fehlen und dort auch nicht zu schaffen sind.

- zu 2. Das österreichische Konferenzzentrum ist als Mehrzweckzentrum konzipiert. Es sollen dort neben UN-Konferenzen auch Symposien und Vorträge, Sonderveranstaltungen der Industrie, Modeschauen, Bälle und andere gesellschaftliche Veranstaltungen, Unterhaltungsshows und Popkonzerte, Ausstellungen und Filmvorführungen stattfinden.

Aufgrund meiner über 6jährigen Erfahrung mit dem UN-Konferenzwesen halte ich es für zweifelhaft, ob das angestrebte Ziel, Wien als UN-Konferenzstadt weiter auszubauen, dadurch erreicht werden kann, daß den Vereinten Nationen zusätzlicher Konferenzraum in einer als Mehrzweckzentrum konzipierten Tagungsstätte zur Verfügung gestellt wird. Die Erfahrung lehrt uns nämlich, daß die Vereinten Nationen bei der Unterbringung ihrer Konferenzen zunächst ihren eigenen Konferenzraum ausschöpfen, bevor sie fremden Konferenzraum in Anspruch nehmen.

Fremden Konferenzraum ziehen die Vereinten Nationen für Konferenzen dann heran, wenn sie von einer bestimmten Regierung hiezu eingeladen werden, wobei die betreffende Regierung die Kosten für diese Konferenz zu übernehmen hat.

Die österreichische Bundesregierung hat seit dem Ende der 50er Jahre eine ganze Reihe von wichtigen UN-Konferenzen auf ihre Kosten nach Wien eingeladen. Seit in Wien aber im Jahre 1979 das VIC eröffnet wurde, gilt Wien als 3. UN-Zentrum und besitzt den Status einer UN-Konferenzstadt. Optimalen Nutzen ziehen können wir aus diesem Status aber nur dann, wenn den Vereinten Nationen in Wien so wie in Genf und New York entsprechend großer eigener Konferenzraum zur Verfügung steht, über den sie jederzeit, kurzfristig, langfristig und ausschließlich disponieren können, ohne rückfragen zu müssen, ob die Räume nicht, wie das bei einem Mischbetrieb im Rahmen des ÖKZ der Fall wäre, durch Bälle, Popkonzerte oder andere Veranstaltungen vergeben sind.

Der Plan, den Vereinten Nationen zusätzlichen Konferenzraum in einem ÖKZ zur Verfügung zu stellen, würde

also in der Praxis die Fortsetzung der bisherigen Vorgangsweise mit der Hofburg bedeuten, d. h., die Bundesregierung würde jedesmal eine Einladung aussprechen und die Konferenzkosten tragen müssen, wobei es gar nicht sicher wäre, daß die Bundesregierung mit ihren Einladungen durchdringt, denn immer mehr Länder, vor allem auch solche der 3. Welt, bemühen sich heute um UN-Konferenzen und scheuen nicht davor zurück, die zum Teil enorm hohen Konferenzkosten zu übernehmen.

Die Deckung des zusätzlichen Konferenzraumerfordernisses der Vereinten Nationen im Rahmen des ÖKZ würde nichts anderes bedeuten, als daß sich Wien mit vielen anderen Städten der Welt, die weder UN-Zentren noch UN-Konferenzstädte sind, auf eine Stufe stellt. Dies wäre sicher nicht der richtige Weg, um den Status Wiens als UN-Konferenzstadt langfristig sicherzustellen.

Von obigen Überlegungen abgesehen, wäre die Heranziehung des ÖKZ für UN-Konferenzen auch noch aus anderen Gründen problematisch.

Das spezifische Merkmal des UN-Konferenzbetriebes besteht darin, daß er auf fixe Größen und Erfordernisse abgestellt ist. So bestehen für Plenarsäle bzw. Komiteesäle fixe räumliche Kapazitätserfordernisse, die sich aus dem Mitgliederstand der Vereinten Nationen ergeben. Die möbelmäßige Einrichtung von UN-Konferenzsälen umfaßt nach den Standarderfordernissen sowohl Konferenztische wie Konferenzstühle. Während der UN-Konferenzbetrieb also durch genormte Erfordernisse gekennzeichnet ist, verlangt der Betrieb eines Mehrzweckzentrums hingegen, daß die möbelmäßige Ausstattung der Säle variabel und für den jeweiligen Anlaß anpaßbar ist.

Natürlich läßt sich eine als Mehrzweckzentrum eingerichtete Tagungsstätte so umrüsten, daß sie die verschiedenen Erfordernisse einer UN-Konferenz erfüllt. Solche "Umwandlungen" sind aber, wie die Erfahrungen in der Hofburg und im Redoutensaal-Konferenzzentrum überdeutlich zeigen, mit sehr erheblichen Kosten verbunden, abgesehen davon, daß die technischen Anlagen für die Simultanübersetzung in 6 Sprachen für ein solches Mehrzweckzentrum normalerweise nicht benötigt werden. Konferenzen anderer Bereiche, etwa der Wissenschaft, der Wirtschaft u. a. werden heute in der Landessprache oder in Englischer Sprache abgehalten.

Die Stichhaltigkeit der obigen Argumente läßt sich am Beispiel der Hofburg nachweisen. Diese kommt für große UN-Konferenzen kaum mehr in Betracht, da sie die Raumerfordernisse solcher Veranstaltungen nicht mehr erfüllen kann. Für andere Kongresse (wissenschaftliche Kongresse, wirtschaftliche Konferenzen und andere) wird sie jedoch auf viele Jahre hinaus eine ausgezeichnet geeignete und national sowie international geschätzte Tagungsstätte bleiben.

zu 3. Maßgebend für das UN-Konferenzwesen ist die sogenannte Sitzregel, derzufolge UN-Einheiten ihre Tagungen aus wirtschaftlichen Gründen an ihrem Sitz abhalten. Diese Regel begünstigt natürlich die klassischen Zentren der UN, Genf und New York, wo eine große Zahl von UN-Organisationen angesiedelt ist. Die konsequenten Bemühungen aller Bundesregierungen seit dem Ende der 50er Jahre, UN-Konferenzen nach Wien zu bringen, hat dazu geführt, daß Wien heute neben New York und Genf zur 3. UN-Konferenzstadt geworden ist. An der Tatsache, daß das Schwergewicht der UN-Konferenztätigkeit nach wie vor in New York und Genf konzentriert geblieben ist, hat sich jedoch nichts geän-

dert. Dies bestätigt auch der kürzlich erschienene Konferenzkalender der Vereinten Nationen für die Jahre 1982 und 1983.

Daraus ist zu entnehmen, daß im Jahre 1982 in New York 98, in Genf 57 sowie in Wien 17 UN-Konferenzen stattfinden werden. Für das Jahr 1983 lauten die Zahlen: New York 92, Genf 40, Wien 13 Konferenzen.

Unabhängig von dieser schwerpunktmäßigen Konzentration des UN-Konferenzwesens in New York und Genf auf Grund der erwähnten Sitzregel war das UN-Konferenzwesen in den vergangenen Jahren durch eine nicht unerhebliche Dezentralisation gekennzeichnet. Mehr und mehr Länder der 3. Welt beanspruchen Konferenzen für sich (Manila, New Delhi, Mexico City, Caracas, Nairobi und andere). Sie dringen mit ihren Wünschen auch durch, weil diese Ländergruppe heute im UN-Bereich die Mehrheit stellt und daher in der Lage ist, die Konkurrenz mit Staaten, etwa der westlichen Gruppe, um die Zuerkennung von Konferenzen für sich zu entscheiden. Österreich hat dieses Gewicht der 3. Welt sowohl im Jahre 1980 als auch heuer zu spüren bekommen. Bei 2 großen Konferenzen, nämlich beim Kongreß über Verbrechensverhütung und bei der Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen, die die Bundesregierung eingeladen hatte, ist die Kandidatur Wiens unberücksichtigt geblieben. Die beiden Großkonferenzen wurden nach Caracas bzw. Nairobi vergeben.

Bei Großkonferenzen fällt darüberhinaus ein weiterer Aspekt ins Gewicht. Hier handelt es sich meistens um Prestigeveranstaltungen, um die sich nicht nur Länder der 3. Welt bemühen, sondern auch Industriestaaten wie die BRD, Frankreich, Kanada, Dänemark und Schweden, wo eine große Zahl schlecht ausgelasteter Konferenzzentren be-

steht oder sich im Bau befinden.

Was die Konferenztätigkeit der UN- und der IAEA in Wien in den vergangenen Jahren betrifft geben folgende Zahlen näheren Aufschluß:

Die UNIDO hat in Wien im Jahre 1977 43 Tagungen abgewickelt, mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 3.842. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von ca. 90 Personen. 31 Tagungen der UNIDO haben in diesem Jahr auf Grund von Einladungen anderer Regierungen in verschiedenen Städten der Welt stattgefunden.

Außer den UNIDO-Konferenzveranstaltungen war Wien im Jahre 1977 Schauplatz von 9 weiteren UN-Tagungen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 1.330, wofür sich eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von ca 150 Personen ergibt.

Im Jahre 1978 hat die UNIDO in Wien 48 Tagungen mit 3.402 Teilnehmern durchgeführt (durchschnittliche Teilnehmerzahl ca. 70 Personen). 28 UNIDO-Konferenzen haben in diesem Jahr im Ausland stattgefunden. Andere UN-Einheiten haben in Wien in diesem Jahr 14 Tagungen abgehalten mit 1.665 Teilnehmern (durchschnittliche Teilnehmerzahl ca. 120 Personen).

Im Jahre 1979 hat die UNIDO in Wien 42 Tagungen mit einer Teilnehmerzahl von 3.407 abgehalten (durchschnittlich ca. 81 Personen). 45 UNIDO-Tagungen haben im Jahre 1979 im Ausland stattgefunden.

Außer der UNIDO haben andere UN-Einheiten 15 Konferenzen in Wien organisiert, mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 3.455 (durchschnittliche Teilnehmerzahl 230 Personen).

Die Konferenzdauer betrug im Durchschnitt zwischen 7 und 10 Tagen.

Die Atomenergiebehörde hat im Jahr 1977 7 Konferenzen, Symposien und Seminare in Wien, 9 im Ausland durchgeführt. Die Zahlen für Wien lauten für das Jahr 1978: 8 Veranstaltungen in Wien, 14 im Ausland.

Im Jahre 1979 hat die Atomenergiebehörde 4 wichtige Konferenzen in Wien, 14 im Ausland abgehalten. Im Jahre 1980 entfielen auf Wien 8 Tagungen der IAEA, 8 Veranstaltungen wurden im Ausland abgehalten.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß sowohl die UNIDO als auch die IAEA einen wesentlichen Prozentsatz ihrer Konferenzen in den Jahren 1977 - 80 nicht in Wien sondern auf Einladung in anderen Ländern abgehalten haben. Im Jahre 1980 haben von 67 Tagungen, die die im VIC angesiedelten UN-Organisationen abgehalten haben, 39 im Ausland und nur 28 in Wien stattgefunden.

Aus diesen Zahlen lassen sich 2 in diesem Zusammenhang bedeutsame Feststellungen ableiten:

1. Das Schwergewicht liegt ganz eindeutig auf kleineren Konferenzveranstaltungen für die das bestehende IKZ groß genug ist und für die das ÖKZ nicht gebraucht würde.
2. Die erwähnte Dezentralisierung der UN-Konferenztätigkeit wirkt sich auch auf die Konferenztätigkeit der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen in erheblichem Maße aus.

Zusammenfassung:

Aus dem vorher Gesagten muß der Schluß gezogen werden, daß die Entscheidung der Bundesregierung vom Jahr 1967, ein ÖKZ zu bauen, in mehrfacher Hinsicht problematisch war. Die Tatsache, daß der im VIC verfügbare Konferenzraum nicht ausreicht, um dort größere UN-Konferenzen abzuhalten, ist unbestritten.

Die Deckung dieses zusätzlichen Konferenzraumbedarfs der Vereinten Nationen im VIC in einem als Mischbetrieb geführten Mehrzweckzentrum ist sicher nicht der richtige Weg der dem Status Wiens als UN-Konferenzstadt entspricht und geeignet ist, die maßgebenden Instanzen der Vereinten Nationen dazu zu bewegen zusätzliche Konferenzen nach Wien zu verlegen. Ein solches Ziel wäre viel eher dann zu erreichen, wenn das bestehende Manko an großem Konferenzraum rasch durch die Errichtung eines Zubaus zum bestehenden Konferenzzentrum beseitigt würde. Der für das UN-Konferenzwesen zuständige Untergeneralsekretär Lewandowski hat in diesem Zusammenhang wiederholt darauf hingewiesen, Österreich solle vor allem keine weitere Zeit mehr verstreichen lassen und mit der Verwirklichung eines solchen Zubaus so schnell wie möglich beginnen.

Dieser Zubau müßte unter Vermeidung von unnötigem Aufwand rein funktionsorientiert und betriebsbillig gestaltet werden. Er müßte neben einem Plenarsaal für ca. 1500 Personen und 2 Komiteesälen für 500 - 600 Personen, eine Anzahl von kleineren Sitzungsräumen umfassen und er müßte sich in das äußere Erscheinungsbild des VIC harmonisch einfügen. Dieser Zubau müßte den Vereinten Nationen sodann zur ausschließlichen Nutzung überlassen werden. Auf diese Weise wäre gewährleistet, daß die bereits für Park-Decks etc. aufgewendeten Mittel nutzbringend angelegt wurden.

Durch eine solche Aufstockung und Abrundung des im VIC vorhandenen Konferenzraumpotentials, könnten die Erfordernisse der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet auf lange Frist erfüllt werden.

Man wird nicht damit rechnen können, daß die UN-Konferenztätigkeit in Wien in nächster Zeit eine erhebliche Steigerung erfährt, es besteht aber doch die begründete Hoffnung, daß die Vereinten Nationen mehr Konferenzen in Wien durchführen, wenn ihnen im VIC Konferenzraum mit entsprechender Kapazität für größere Konferenzen zur Verfügung steht.

Wenn einmal die Vorhaben und Programme des im VIC angesiedelten Zentrums für Soziale und Humanitäre Angelegenheiten zum Tragen kommen, kann daraus gleichfalls eine vermehrte Tagungstätigkeit resultieren.

Wien gehört heute unbestrittenermaßen zu den bedeutendsten Konferenzstädten der Welt. Die seit dem Ende der 50er Jahre verfolgte Politik der Bundesregierung war überaus erfolgreich. Die Hofburg ist in diesen Jahren zu einer weltbekannten Tagungsstätte geworden, sie ist mit dem Aufstieg Wiens als Konferenzstadt untrennbar verbunden.

Die Bundesregierung hat der Bedeutung der Hofburg als Tagungsstätte durch erhebliche Investitionen auch in den letzten Jahren Rechnung getragen. Diese Verbesserungen werden es ermöglichen, die Hofburg weiterhin für Tagungen und Kongresse heranzuziehen. Die spezifischen Raumerfordernisse größerer UN-Konferenzen vermag die Hofburg auf lange Sicht jedoch nicht mehr zu erfüllen.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Bundesregierung anfangs der 70er Jahre die Redoutensäle als Konferenzzentrum eingerichtet hat. Dieses Zentrum hat sich außerordentlich bewährt und ist als Tagungsstätte vor allem für bedeutende politische Konferenzen unentbehrlich geworden.

Es ist richtig, daß das Tagungsgeschehen in Wien etwa seit dem Jahre 1977 stagniert (siehe beiliegende Liste). Ich bin trotzdem der Ansicht, daß man der Zukunft Wiens als Konferenz- und Kongreßstadt mit Optimismus entgegenblicken kann. Folgende Punkte rechtfertigen diesen Optimismus:

1. Unsere Bundeshauptstadt hat sich vor allem auch durch die konsequente Politik, die alle Bundesregierungen seit den 50er Jahren im Kongreßwesen verfolgt haben, weltweit einen ausgezeichneten Ruf erworben.
2. Wien besitzt als Kulturmetropole große Anziehungskraft.
3. Die günstige geographische Lage Wiens ist ein weiterer ins Gewicht fallender Faktor.
4. Die Neutralitätspolitik unseres Landes hat dazu beigetragen, daß sich Wien vor allem für politische Konferenzen und Begegnungen als besonders geeignet erwiesen hat.

Da also mit den Punkten 1 - 4 eine Reihe von Faktoren gegeben sind, die für Wien als Kongreßstadt eine gute Zukunft verheißen, sollte man nicht nur das Angebot an Konferenzeinrichtungen in der Hofburg perfektionieren, sondern man müßte die im Messepalastareal gegebenen Möglichkeiten und ihren Ausbau ernsthaft in Erwägung ziehen. Einer der bekanntesten internationalen Konferenzexperten, Hr. André Courtois, der zuletzt die spanische Regierung bei der Organisation der KSZE beraten hatte, hat schon vor Jahren empfohlen, den Messepalast als Ausstellungs- und Konferenzzentrum auszubauen, damit der Bundesregie-

zung im Zentrum der Stadt auch für große Konferenzen von längerer Dauer (z. B. KSZE-Folgekonferenz, Abrüstungskonferenzen, mögliche Nahostkonferenzen etc.) über die Hofburg hinaus genügend erstklassig eingerichteter Konferenzraum zur Verfügung steht. Ich teile diese Auffassung und glaube, daß die Idee eines österreichischen Konferenzentrums durch den Verbund der Hofburg mit einem sanierten Messepalastareal verwirklicht werden sollte.

Bestand: Reithbauer Mappe 3